

Beschluss (vorläufig)

## **Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze**

Die technologischen Sprünge der vergangenen beiden Jahrhunderte haben den Wohlstand und die Lebensqualität vieler Menschen außerordentlich verbessert. Doch seit langem ist klar, dass die industrielle Wirtschaftsweise nicht nur Wohlstand schafft, sondern auch systematisch unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen zerstört. Materielles Wachstum steigert nicht in jedem Fall die Lebensqualität.

Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist die existentielle Aufgabe unserer Zeit. Denn heute verschwendet unsere Art zu wirtschaften noch wertvolle Ressourcen, heizt unser Klima auf und bedroht weltweit unser Trinkwasser, unsere Luft und unsere Böden. In unserem eigenen Menschheitsinteresse müssen wir das dringend ändern. Und es ist möglich. Wir können unser Leben verbessern, ohne immer weiter materiell wachsen zu müssen.

Wir GRÜNE treten seit unserer Gründung für die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft ein. Viele Menschen gehen diesen Weg mit uns. Bürger\*inneninitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen kämpfen für Natur- und Umweltschutz. Unternehmen schreiben mit grünen Ideen schwarze Zahlen, Unternehmensinitiativen setzen sich für Klimaschutz ein. Unser Land ist dabei seit den 1970er Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Abgase werden inzwischen gefiltert, Abwässer nicht mehr einfach in die Flüsse geleitet, es wird ökologischer gebaut und produziert. Innovative Unternehmer\*innen und Tüftler\*innen entwickeln Produkte und Dienstleistungen, die dabei helfen, unsere Lebensqualität zu verbessern und den Ressourcenverbrauch zu senken. Sie sind die Pionier\*innen des grünen Wandels, eines neuen, nachhaltigen Wohlstands.

Jetzt geht es darum, die Begrünung der Wirtschaft und vor allem der Industrie quer durch alle Branchen voranzutreiben. Die grüne Energiewende hat gezeigt, dass es geht: Deutschland hat sich auf den Weg gemacht, seine hochentwickelte Industriegesellschaft ohne Klimagase und Atommüll mit Strom zu versorgen. Nun braucht es mutige grüne Politik und engagierte Bürger\*innen, Ingenieur\*innen und Unternehmer\*innen, um die ökologische Modernisierung zum Ziel zu bringen.

### **Grünen Rahmen setzen für die ökologische Modernisierung**

Grüne Wirtschaftspolitik macht ehrgeizige Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen und Produktstandards, die in realistischen Zeiträumen erreicht werden können. Das mutet manchen energieintensiven Unternehmen zwar etwas zu, schafft aber Planungssicherheit und gibt Impulse für Investitionen. Wir sind die Partei an der Seite der Unternehmen, die bei dieser Transformation vorangehen und beispielsweise schon heute einen CO<sub>2</sub>-Preis bei ihren Investitionsentscheidungen zu Grunde legen. Gleichzeitig fördern wir dabei neue Technologien und Wissen. So können wir es schaffen, die ökologische Modernisierung in den verschiedenen Sektoren

umzusetzen. Klar ist auch, dass die öffentliche Hand bei der ökologischen Modernisierung nicht hinterher hinken darf, weswegen wir die öffentliche Beschaffung konsequent auf die jeweils ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen ausrichten wollen.

Wir werden dafür sorgen, dass Preise die ökologische Wahrheit sagen, denn die Verursacher\*innen von Umweltzerstörung dürfen die Kosten nicht länger auf die Allgemeinheit abwälzen. So setzen wir auch die richtigen Anreize dafür, dass andere – umweltfreundlichere – Techniken entwickelt und schnell marktfähig werden. Ein Wettstreit um die beste ökologische Lösung kommt in Gang. Ökologisch ehrliche Preise belohnen Unternehmen, die mit Ressourcen pfleglich umgehen und Emissionen senken. Auch die Verbraucher\*innen profitieren, wenn langlebige Geräte Neuanschaffungen ersparen und klimafreundliche Heizungen die Nebenkosten senken. Umweltschädliches Verhalten wollen wir nicht weiter subventionieren. So sind zum Beispiel schwere Dienstwagen und der Flugverkehr heute steuerlich bevorzugt, obwohl sie ökologisch schädlicher sind als ihre Alternativen. Subventionen wie diese belaufen sich auf über 50 Milliarden Euro pro Jahr. Es macht keinen Sinn, umweltschädliches Verhalten zu subventionieren. Eine ökologische Finanzreform muss deshalb den Abbau dieser ökologisch schädlichen Subventionen angehen. Dabei gilt es in einem ersten Schritt die umweltschädlichsten bzw. die am einfachsten zu kappenenden Subventionen in Höhe von wenigstens 12 Milliarden Euro einzusparen. Dieses Geld wollen wir in den Klimaschutz investieren und dabei gerade ärmere Haushalte bei Investitionen zum Energie- und Ressourcensparen unterstützen. Durch eine ökologische Steuerreform wollen wir nicht mehr umweltschädliche, sondern stärker ökologisch nachhaltige Produktionsprozesse, Erzeugnisse und Dienstleistungen begünstigen. Dabei werden wir die Möglichkeit, neben sozialen auch ökologische Ziele bei der Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel 2011 vom EU-Parlament (und wiederholt vom Umweltbundesamt) empfohlen, im Hinblick auf Umsetzbarkeit prüfen.

### **Mit grüner Industriepolitik den Industriestandort und Arbeitsplätze sichern**

Die ökologische Modernisierung ist die Zukunftssicherung für alle Industriezweige in Deutschland. Alle Branchen müssen ihren Beitrag zu Klima- und Ressourcenschutz beitragen. Und für alle Branchen gilt: wenn wir den Anschluss verpassen, wie es zum Beispiel beim Elektroauto droht, gehen Arbeitsplätze und Wohlstand verloren. Konkret heißt das: weg vom Verbrennungsmotor und hin zum Elektroantrieb beziehungsweise emissionsfreien Antrieb. In der Schifffahrt weg vom Schweröl hin zu alternativen Antrieben. Weg vom Öl und Gas und hin zu nachwachsenden Rohstoffen in der Chemieindustrie. Die Bauwirtschaft kann mit Holzbau oder Textilbeton Ressourcen und Emissionen einsparen. Damit sichern wir den Industriestandort Deutschland. Denn auch in der Zukunft wird unser Wohlstand von guten und sicheren Arbeitsplätzen abhängen. Wir tun das im Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Wissenschaft. Doch wenn nötig, auch im Konflikt mit den Lobbys der alten Industrien.

Von besonderer Bedeutung ist in Deutschland die Automobilbranche. Ihr wollen wir helfen, den Sprung ins 21. Jahrhundert zu schaffen, in der Mobilität ohne Schadstoffausstoß funktionieren muss. Das ist eine zentrale Frage mit Blick auf Umweltzerstörung und Klimakrise. Dass dieser Sprung gelingt, ist aber auch von großer Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Denn wir wollen verhindern, dass Wolfsburg oder Stuttgart das Detroit von morgen werden. Deshalb braucht es jetzt klare Rahmenbedingungen für diesen Industriezweig. Diese setzen wir mit einem klaren Fahrplan für den Ausbau der Elektromobilität und mit dem Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor (à Kapitel: Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität).

Die ökologische Modernisierung ist ein gigantisches Innovations- und Investitionsprogramm. Und sie ist ein Jobmotor. Sie schafft neue Arbeit, nicht nur für Ingenieur\*innen und Tüftler\*innen sowie Programmierer\*innen, sondern auch für Handwerker\*innen und Bauarbeiter\*innen. Jede in

die Gebäudesanierung investierte Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Baugewerbe, im Handwerk und in der Industrie. Seit zehn Jahren wächst der globale Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz rasant. Deutsche Firmen sind bei Green Tech gut aufgestellt. Deutsche und europäische Unternehmen können in diesen Bereichen viele zusätzliche Jobs schaffen. Daran wollen wir arbeiten. Für uns ist dabei entscheidend, dass bei der ökologischen Modernisierung gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflicher Schutz gelten: Auch deshalb fordern wir eine bundesweite Fachkräfteallianz zwischen Staat und Wirtschaft zur Stärkung des Handwerks. In den kohlenstoffintensiven Unternehmen und Geschäftsbereichen werden allerdings auch Arbeitsplätze abgebaut werden. Hier kümmern wir uns um eine gute soziale Absicherung, um Weiterbildung und neue Chancen.

Unser Ziel ist es auch, dass so viel Kapital wie möglich aus fossilen Energieträgern abgezogen wird und stattdessen dorthin fließt, wo es nachhaltigen Wohlstand und neue Jobs schafft. Ganz nach dem Motto: Die Steinzeit endete, obwohl es noch unzählige Steine gab – und das fossile Zeitalter muss enden, obwohl es noch jede Menge Kohle, Gas und Öl im Boden gibt. Das Stichwort dazu lautet „Divestment“ und meint den Abzug von Investitionen aus Öl, Kohle und Gas. Viele deutsche Konzerne, aber auch der Bund, Länder, Kommunen, öffentliche Banken und Versicherer haben viel Geld in fossile Energieträger investiert. D.h. auch mit öffentlichen Geldern wird die Klimakrise befeuert. Wir wollen, dass die öffentliche Hand hier vorangeht und ihre dreckigen Anlagen beendet, zumal dieses Investments mehr und mehr zu einem finanziellen Risiko werden. Denn die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens macht diese Investitionen wertlos. Deshalb fordern wir: Divest now!

### **Für die Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch anders wirtschaften**

Wachstum muss weltweit vom Umweltverbrauch entkoppelt werden – und Wohlstand wie Lebensqualität vom Wachstum. Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht blind immer weiter wachsen muss und in der langfristige Nachhaltigkeit mehr zählt als kurzfristige Renditeziele. Wir GRÜNE möchten dem gesellschaftlichen Zwang zum „Immer Mehr und immer schneller“ entgegenarbeiten. Dazu werden technische Innovationen allein nicht reichen. Es braucht auch die Unterstützung durch nachhaltigen Konsum und eine andere Art des Wirtschaftens. Es geht zum Beispiel nicht nur darum, den Verbrennungsmotor einfach durch den Elektromotor abzulösen, sondern auch darum, auf innovative Formen der Mobilität wie Carsharing umzusteigen, ÖPNV sowie Fuß- und Radverkehr zu fördern und so den Bedarf an Autos zu reduzieren, wie das etliche Menschen auch schon tun. Andere engagieren sich beim gemeinschaftlichen Wohnen, in der solidarischen Landwirtschaft, bei Energiegenossenschaften oder Tauschringen im Sinne einer solidarischen Ökonomie, was wir befördern wollen. Gleiches gilt für das Bauwesen, das einen überwiegenden Teil der Ressourcen unserer Erde in Anspruch nimmt, die es gilt verantwortungsvoll zu nutzen. Hierzu braucht es eine nachhaltige Baukultur, die alle Aspekte des Planens und Bauens berücksichtigt. Gute Baukultur ermöglicht Akzeptanz, Beteiligung und Teilhabe ebenso wie das Recycling von Baustoffen, sie ist Grundlage für die ökologische Modernisierung und für mehr Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern.

Wir wollen zuallererst die Art, wie wir Wohlstand überhaupt messen, ändern. Wir schlagen dafür eine neue Form der Wirtschaftsberichterstattung vor. In den Zahlen des Bruttoinlandsproduktes (BIP), das bisher die zentrale Messgröße ist, bilden sich Lebensqualität und Wohlstand nicht wirklich gut ab. Auch die unbezahlte Sorgearbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet, wird derzeit nicht berücksichtigt. In unserem Jahreswohlstandsbericht werden neben ökonomischen auch ökologische und soziale Entwicklungen anhand messbarer Kriterien dargestellt. Auch bei öffentlichen Unternehmen sollte der Beitrag zum Gemeinwohl transparent werden. So wollen wir als ersten Schritt für die Deutsche Bahn die Gemeinwohlbilanzierung einführen. Und alle größeren privaten Unternehmen sollen in ihrem Jahresabschluss zukünftig über Nachhaltigkeitsindikatoren wie CO<sub>2</sub>-Emis-

sionen berichten. Bestehende Ausnahmen für nicht-börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen.

Nur mit Kreativität und Erfinder\*innengeist wird es uns gelingen, anders und besser zu wirtschaften. Wissenschaft und Forschung als Ideengeber\*in, Vorreiter\*in und kritische Begleiter\*in brauchen deshalb Freiräume. Gerade kleine und mittlere Unternehmen wollen wir bei der ökologischen Modernisierung unterstützen, unter anderem durch eine steuerliche Förderung ihrer Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Mit einer Start-up-Finanzierung, Infrastruktur und einer neuen, geeigneten Rechtsform geben wir den Pionieren des Wandels Rückenwind. Wir wollen speziell Frauen mit einem Förderprogramm bei der Gründung von Unternehmen finanziell unterstützen. Sowohl die Gründung von Genossenschaften als auch die Gemeinwohlökonomie erachten wir als einen weiteren zentralen Baustein eines anderen Wirtschaftens. Genossenschaften verbinden unternehmerisches Handeln mit Gemeinwohlorientierung und sind ein krisenfester Motor einer gemeinwohlorientierten Ökonomie. Um eine Gründungswelle von Genossenschaften anzuregen, wollen wir die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft entbürokratisieren und von überkommenen Verfahrensvorschriften befreien.

### **Ökologische Chancen der Digitalisierung nutzen**

Durch Digitalisierung können wir vieles in der Wirtschaft viel ökologischer machen und zu einer ökologischen Mobilitäts- und Energiewende beitragen. Um die Energieeffizienz zu verbessern, werden wir die Wirtschaft unterstützen und Green-IT-Konzepte weiter vorantreiben. Smart Grids, also intelligente, digital gesteuerte Netze, helfen zum Beispiel, die schwankenden Strommengen aus Wind und Sonne auszugleichen. Wir können Verkehrsträger digital miteinander vernetzen und Verkehrsströme so intelligenter steuern. Bits und Bytes können Energie und Material nicht nur reduzieren, sondern teilweise auch ganz ersetzen. Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Arbeit im Home-Office reduziert Pendler\*innenströme. Nie zuvor war es so einfach, Dinge über Sharing-Plattformen zu teilen. Das reduziert materiellen Konsum. Doch hierfür bedarf es höchster Datensicherheits- und Verbraucher\*innenschutzstandards. So schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze, sowie neue Geschäftsmodelle und schützen unsere Lebensgrundlagen. Andererseits braucht es auch eine erfolgreiche Energiewende, so dass der Energiekonsum im Zuge der Digitalisierung nachhaltig wird. Wie wir die Digitalisierung mit fairem Wettbewerb und Zukunftsinvestitionen in einer krisenfesten Wirtschaft gestalten wollen, haben wir im Kapitel „Digitalisierung gestalten“ beschrieben.

### **Wer GRÜN wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

---

#### **Umweltschädliche Subventionen abbauen, in Klimaschutz investieren**

Absurde über 50 Milliarden Euro an Steuergeldern werden jährlich für Klima- und Umweltkiller ausgegeben. Unter anderem erhalten schwere Dienstwagen, der Flugverkehr und Diesel ungerade Steuerprivilegien. Wir GRÜNE wollen diese umweltschädlichen Subventionen abbauen und in einem ersten Schritt zumindest zwölf Milliarden Euro einsparen. Dadurch, dass die Preise zunehmend die ökologische Wahrheit sagen, unterstützen wir die ökologische Umgestaltung unserer Wertschöpfungsketten und schaffen Anreize für grüne Innovationen, Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und eine umweltfreundliche Landwirtschaft. Gleichzeitig gehen wir damit gegen eine der schädlichsten Formen der Steuerverschwendung vor.

---

#### **Divestment: Keine Kohle für die Kohle!**

Trotz des Pariser Klimaabkommens stecken Investoren - vom großen Versicherer bis zur kleinen Kommune - weiter viel Geld in Klimakiller. Deshalb fordern wir: Divest now! - Zieht das Geld aus

klimaschädlichen Geschäftsmodellen ab! Unternehmen sollen dafür in ihren Jahresberichten die Klimarisiken von Gütern oder Produkten offenlegen. So erhöhen wir den Druck auf Großinvestoren, CO2-intensive Finanztitel abzustoßen. Öffentlich-rechtliche Einrichtungen und Geldanlagen des Bundes sollen dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Ländern, Kommunen und Pensionsfonds wollen wir helfen, klimafreundlich zu investieren. Damit grüne Investitionsmöglichkeiten für alle Anleger\*innen erkennbar sind, wollen wir eine transparente Zertifizierung einführen.

---

### **Wahrer Wohlstand ist mehr als Wachstum: Für einen Jahreswohlstandsbericht**

Wohlstand ist mehr als die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Wir wollen darum einen neuen Wohlstandsbericht einführen. Er misst neben ökonomischen auch ökologische, soziale, gleichstellungspolitische und gesellschaftliche Entwicklungen. Denn Kriterien wie unser ökologischer Fußabdruck, Artenvielfalt, Einkommensverteilung oder ein Bildungs- und Gesundheitsindex bilden unseren Wohlstand besser und umfassender ab. Diese neue, ganzheitlichere Form des Jahresberichts macht Fehlentwicklungen und politische Handlungserfordernisse deutlicher sichtbar.

---

